Antrag

der Abg. Dr. Christina Baum u. a. AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Soziales und Integration

Übergriffe auf Ärzte in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie oft und an welchen Standorten es in den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017 zu Übergriffen, Angriffen, Beleidigungen, Bedrohungen oder Ähnlichem auf Ärztinnen im Bereitschafts- oder Notfalldienst, in den Notfallaufnahmen der Krankenhäuser und auf den Stationen von Krankenhäusern kam;
2. wie oft und an welchen Standorten es in den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017 zu Übergriffen, Angriffen, Beleidigungen, Bedrohungen oder Ähnlichem auf Ärzte im Bereitschafts- oder Notfalldienst, in den Notfallaufnahmen der Krankenhäuser und auf den Stationen von Krankenhäusern kam;
3. wie sich die Täterstruktur auf Drogenabhängige, Betrunkene, anderweitig psychisch auffällige Personen und auf Personen mit deutscher und mit ausländischer Staatsangehörigkeit verteilt;
4. ob ihr Kreise, Notfallzentren, Rettungsleitstellen oder ähnliche Einrichtungen bekannt sind, welche die Landesregierung oder die Kostenträger um männliche Begleitung für weibliche Notärzte nachgesucht haben;
5. ob sich nach ihrer Auffassung die Sicherheitslage für nächtliche Noteinsätze und für die Notfallambulanzen seit 2014 verschlechtert haben, wenn ja, aus welchen Gründen;
6. ob ihr in Baden-Württemberg Regionen oder Städte bekannt sind, in denen Problemsituationen ähnlich wie in Gernersheim auftreten oder aufgetreten sind oder ob kassenärztliche Vereinigungen mit vergleichbaren Problemschilderungen an sie herangetreten sind;

7. ob in Baden-Württemberg nach wie vor überall Notärztinnen im Außen-Notfalleinsatz ohne Gefährdungen für Leib und Leben nachts Dienst tun können;
8. ob ihr bekannt ist, aus welchem konkreten Anlass die Germersheimer Notärztinnen ihren „Brandbrief“ geschrieben haben und welche Bezirke mit welcher soziokulturellen Wohnbevölkerung diese als Gefahrenzonen gemeint haben.

04.06.2018

Dr. Baum, Dr. Merz, Stauch, Wolle, Palka AfD

Begründung

Aus anderen Bundesländern liegen den Antragstellern Berichte über erhebliche Bedrohungslagen gegen Ärzte, sowohl in den Notaufnahmen der Krankenhäuser als auch im Bereitschafts- und mobilen Notfalldienst, vor. So berichtete die „Neue Westfälische“ vom 23. März 2018 für NRW unter der Überschrift „Gewaltbereite Patienten verbreiten Angst und Schrecken in Bielefelder Kliniken“ von durch Patienten schwerverletzten Ärzten und Pflegern in Bielefeld und Herford. Verursacher seien Alkoholiker, Junkies, aber häufig auch Angehörige ausländischer Großfamilien. Diese Vorfälle nehmen in den vergangenen Jahren ständig zu, sodass Krankenhäuser schon Security-Mitarbeiter einstellen müssen, was früher undenkbar war.

Im Landkreis Germersheim (Pfalz-Express, 17. Mai 2018) wollen Ärztinnen nachts nicht länger ohne Begleitung fremde Wohnungen betreten. Alle 45 im Landkreis Germersheim niedergelassenen Fach- und Hausärztinnen haben in einem Brandbrief an die Öffentlichkeit, die Kassenärztliche Vereinigung sowie an das Bundesgesundheitsministerium heftigen Protest gegen ihre Lage im Bereitschaftsdienst formuliert. Im Einzelnen wird beklagt, dass die Medizinerinnen alleine fremde Wohnungen betreten müssen, da nach 19 Uhr kein Fahrer mehr zur Verfügung stehe. Es gebe daher auch keine Zeugen. „Wie hinlänglich bekannt ist, gilt Germersheim als Brennpunkt, da es in der Stadt Bezirke gibt, wo selbst andere Helfer nur mit zusätzlichem Schutz hingehen“, heißt es in dem Schreiben weiter.

Bei Fake-Anrufen, die sie in eine Falle locken, seien sie völlig schutzlos. Die Angst gehe soweit, dass sie männlichen Kollegen bis zu 1.000 Euro anbieten, damit diese ihre Schicht übernehmen. Die Ärztinnen forderten Begleitung durch männliche Sanitäter, die als Schutz, aber auch als medizinische Assistenten fungieren können. Vor wem die Ärztinnen plötzlich solche Angst haben, wird mit keinem Wort erwähnt, was verwundert. Mit dem Antrag sollen die Verhältnisse in Baden-Württemberg erfragt werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 4. Juli 2018 Nr. 52-0141.5/16/4216 nimmt das Ministerium für Soziales und Integration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. *wie oft und an welchen Standorten es in den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017 zu Übergriffen, Angriffen, Beleidigungen, Bedrohungen oder Ähnlichem auf Ärztinnen im Bereitschafts- oder Notfalldienst, in den Notfallaufnahmen der Krankenhäuser und auf den Stationen von Krankenhäusern kam;*
2. *wie oft und an welchen Standorten es in den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017 zu Übergriffen, Angriffen, Beleidigungen, Bedrohungen oder Ähnlichem auf Ärzte im Bereitschafts- oder Notfalldienst, in den Notfallaufnahmen der Krankenhäuser und auf den Stationen von Krankenhäusern kam;*

Bei der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) handelt es sich um eine sogenannte reine Ausgangsstatistik, in der strafrechtlich relevante Sachverhalte nach der polizeilichen Sachbearbeitung vor Abgabe an die Strafverfolgungsbehörden erfasst werden. Die PKS ist grundsätzlich als Massenstatistik konzipiert. Bei Betrachtung einer bestimmten Personengruppe, wie hier die Zahl der Opfer bei Ärztinnen und Ärzten, unterliegen Aussagen zur Kriminalitätsentwicklung deutlichen Einschränkungen. Bereits geringe Änderungen der Opferzahlen können zu erheblichen Schwankungen im prozentualen Vergleich führen.

Die Parameter „Bereitschafts- oder Notdienst“, „Notfallaufnahmen der Krankenhäuser“ und „Stationen von Krankenhäusern“ werden in der PKS Baden-Württemberg nicht gesondert erfasst, weshalb bei der folgenden Auswertung eine Beschränkung auf definierte Tatorte nicht erfolgt ist. Zur Sicherheitslage in Krankenhäusern allgemein wird ergänzend auf die Drucksache 16/3906 verwiesen.

Die Anzahl der in der PKS Baden-Württemberg insgesamt erfassten Ärztinnen und Ärzte, die in den Jahren 2014 bis 2017 Opfer von sogenannten Opferdelikten wurden, können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Opfertyp Ärztin	2014	2015	2016	2017
Straftaten gesamt ¹	15	22	27	34
- davon Straftaten gegen das Leben	0	0	0	1
- davon Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	0	0	0	0
- davon Raub/räuberische Erpressung/räuberischer Angriff	1	1	1	0
- davon Körperverletzungen insgesamt	7	13	15	18
- darunter gefährliche/schwere Körperverletzung	1	2	5	3
- darunter hiervon vorsätzliche leichte Körperverletzung	6	11	10	14
- darunter fahrlässige Körperverletzung	0	0	0	1
- davon Straftaten gegen die persönliche Freiheit	7	7	11	14
- darunter Nötigung	1	0	3	4
- darunter Bedrohung	4	6	6	8
- darunter Nachstellen	2	1	2	2

¹ Da nur bestimmte Delikte angefragt wurden, ist die Auflistung nicht abschließend, sodass die Anzahl der Straftaten gesamt nicht der Summe der einzelnen ausgewählten Straftatenschlüssel entsprechen muss.

Opfertyp Arzt	2014	2015	2016	2017
Straftaten gesamt ¹	47	41	44	58
- davon Straftaten gegen das Leben	0	1	0	0
- davon Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	0	0	0	0
- davon Raub/räuberische Erpressung/räuberischer Angriff	3	0	1	1
- davon Körperverletzungen insgesamt	26	26	26	35
- darunter gefährliche/schwere Körperverletzung	2	1	4	9
- darunter hiervon vorsätzliche leichte Körperverletzung	24	25	22	26
- darunter fahrlässige Körperverletzung	0	0	0	0
- davon Straftaten gegen die persönliche Freiheit	16	13	17	21
- darunter Nötigung	4	4	4	4
- darunter Bedrohung	10	8	12	13
- darunter Nachstellen	1	1	1	4

Hierbei ist zu beachten, dass es sich bei den in der PKS gespeicherten Opferdelikten vor allem um Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, Freiheit und sexuelle Selbstbestimmung handelt. Bei der Beleidigung handelt es sich um kein Opferdelikt, sodass diese hinsichtlich Ärztinnen und Ärzten als Opfer nicht ausgewertet werden kann. Gemäß den Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik erfolgt die Erfassung der opferspezifischen Merkmale unter der Bedingung, dass die Tatmotivation in den personen-, berufs- bzw. verhaltensbezogenen Merkmalen des Opfers begründet ist oder in sachlichem Zusammenhang dazu steht. Im Gegensatz zur sogenannten Tatverdächtigenanzahl können Opfer im Berichtszeitraum in verschiedenen Deliktsbereichen auch mehrfach erfasst werden.

Insgesamt bewegt sich die Anzahl der Ärztinnen und Ärzte, die in Baden-Württemberg Opfer von Opferdelikten wurden, in den Jahren 2014 bis 2017 im zweistelligen Bereich, wobei beim Vergleich der Jahre 2014 und 2017 ein Anstieg erkennbar ist. Männliche Ärzte wurden im Vergleich zu Ärztinnen hierbei jeweils häufiger als Opfer in der PKS erfasst.

Nachfolgende Auflistung berücksichtigt Städte- und Gemeinden, in denen Ärztinnen und Ärzte Opfer sogenannter Opferdelikte wurden:

¹ Da nur bestimmte Delikte angefragt wurden, ist die Auflistung nicht abschließend, sodass die Anzahl der Straftaten gesamt nicht der Summe der einzelnen ausgewählten Straftatenschlüssel entsprechen muss.

Tatort: Städte und Gemeinden	2014	2015	2016	2017
Stadt Mannheim	5	1	7	10
Landeshauptstadt Stuttgart	4	1	7	10
Filderstadt	1	1	0	4
Winnenden	0	1	0	4
Stadt Freiburg im Breisgau	3	0	5	4
Lörrach	0	0	0	4
Waldshut-Tiengen	0	0	0	4
Böblingen	1	2	0	3
Stadt Ulm	4	4	3	3
Sindelfingen	0	0	0	2
Kirchheim unter Teck	0	1	0	2
Aalen	0	1	0	2
Bruchsal	0	0	0	2
Stadt Heidelberg	1	4	1	2
Offenburg	0	1	0	2
Rottweil	0	0	1	2
Villingen-Schwenningen	0	0	1	2
Reutlingen	1	6	4	2
Ravensburg	1	1	1	2
Ludwigsburg	0	0	0	1
Freiberg am Neckar	0	0	0	1
Bietigheim-Bissingen	0	0	0	1
Leutenbach	0	0	0	1
Heidenheim an der Brenz	0	1	0	1
Schwäbisch Gmünd	0	1	0	1
Philippsburg	0	0	0	1
Bad Schönborn	0	0	1	1
Calw	0	0	0	1
Mühlacker	0	0	0	1
Kehl	1	1	0	1
Vöhrenbach	0	0	0	1
Radolfzell am Bodensee	0	0	1	1
Reichenau	0	1	0	1
Stockach	0	0	0	1
Schliengen	0	0	1	1
Weil am Rhein	0	1	1	1
Tübingen	0	1	1	1
Rosenfeld	0	0	0	1
Ehingen (Donau)	0	1	0	1
Bad Schussenried	0	1	0	1
Friedrichshafen	1	0	0	1
Überlingen	0	0	0	1
Leutkirch im Allgäu	0	0	0	1
Sigmaringen	0	1	2	1
Gutenzell-Hürbel	0	0	0	1
Leonberg	0	1	0	0
Schönaich	0	0	1	0
Nürtingen	0	1	1	0
Aichtal	0	1	0	0
Geislingen an der Steige	0	0	1	0
Göppingen	2	2	0	0
Asperg	1	0	0	0
Kornwestheim	0	0	1	0
Schorndorf	0	1	0	0
Schwaikheim	0	0	1	0
Waiblingen	1	0	0	0

Tatort: Städte und Gemeinden	2014	2015	2016	2017
Welzheim	0	0	1	0
Bad Friedrichshall	0	0	1	0
Brackenheim	0	0	1	0
Güglingen	0	0	1	0
Weinsberg	1	0	0	0
Wallhausen	0	1	0	0
Bad Mergentheim	2	0	2	0
Tauberbischofsheim	3	0	0	0
Bopfingen	0	0	1	0
Ellwangen (Jagst)	1	2	1	0
Mutlangen	1	0	0	0
Stadt Karlsruhe	2	4	4	0
Ettlingen	1	0	0	0
Gaggenau	1	0	1	0
Rastatt	1	1	1	0
Buchen (Odenwald)	0	1	0	0
Seckach	0	1	0	0
Ketsch	1	0	0	0
Sandhausen	0	0	1	0
Walldorf	0	0	1	0
Wiesloch	0	1	0	0
Stadt Pforzheim	1	1	2	0
Nagold	1	0	0	0
Bad Wildbad im Schwarzwald	1	0	1	0
Löffingen	1	0	0	0
Müllheim	0	0	1	0
Schluchsee	1	0	0	0
Titisee-Neustadt	0	1	0	0
Emmendingen	2	1	0	0
Achern	0	1	0	0
Gutach (Schwarzwaldbahn)	0	1	0	0
Lahr/Schwarzwald	1	0	0	0
Ottenhöfen im Schwarzwald	1	0	0	0
Oberndorf am Neckar	1	0	0	0
Sankt Georgen im Schwarzwald	1	0	0	0
Triberg im Schwarzwald	0	1	0	0
Aldingen	0	1	0	0
Tuttlingen	0	1	0	0
Bad Säckingen	2	0	0	0
Stühlingen	0	1	0	0
Pfullingen	0	0	1	0
Zwiefalten	0	0	2	0
Rottenburg am Neckar	0	1	0	0
Biberach an der Riß	0	0	1	0
Laupheim	0	1	0	0
Sipplingen	1	0	0	0
Tettngang	1	0	0	0
Aulendorf	0	0	1	0
Bad Waldsee	1	0	1	0
Gammertingen	1	0	0	0
Tatortgemeinde nicht bestimmbar	1	0	0	0
Stadt Baden-Baden	0	1	0	0
Stadt Heilbronn am Neckar	3	1	0	0
Lauterbach	0	0	3	0

3. *wie sich die Täterstruktur auf Drogenabhängige, Betrunkene, anderweitig psychisch auffällige Personen und auf Personen mit deutscher und mit ausländischer Staatsangehörigkeit verteilt;*

Das Merkmal der „psychischen Auffälligkeit“ wird in der PKS Baden-Württemberg nicht gesondert ausgewiesen. Die Entwicklung der Tatverdächtigen in der PKS Baden-Württemberg, die an Fällen beteiligt waren, bei denen eine Ärztin oder ein Arzt als Opfer erfasst wurde, ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich.

Anzahl der Tatverdächtigen (TV)	2014	2015	2016	2017
TV gesamt, davon	54	57	60	76
- deutsche TV	43	45	47	53
- nichtdeutsche TV	11	12	13	23
- TV unter Alkoholeinfluss	18	18	17	27
- TV als Konsumenten harter Drogen ²	6	5	10	6

4. *ob ihr Kreise, Notfallzentren, Rettungsleitstellen oder ähnliche Einrichtungen bekannt sind, welche die Landesregierung oder die Kostenträger um männliche Begleitung für weibliche Notärzte nachgesucht haben;*

Erkenntnisse, wonach in Baden-Württemberg Notärztinnen um männliche Begleitung nachgesucht haben, liegen dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration nicht vor.

Gemäß §9 Absatz 1 des Rettungsdienstgesetzes verrichten Notärztinnen und Notärzte in Baden-Württemberg ihren Dienst grundsätzlich in Begleitung eines Notfallsanitäters/Notfallsanitäterin (NotSan) bzw. Rettungsassistenten/Rettungsassistentin (RettAss) und zudem wird parallel zum Notarzteinsatzfahrzeug in den allermeisten Fällen auch ein Rettungswagen zum Einsatzort entsandt, der ebenfalls mit zwei Einsatzkräften (NotSan bzw. RettAss) besetzt ist. Damit sind beim Einsatz einer Notärztin bzw. eines Notarztes üblicherweise mindestens drei weitere Einsatzkräfte des Rettungsdienstes vor Ort.

Nach Mitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg bietet sie den Ärztinnen und Ärzten im Bereitschaftsdienst, die Hausbesuche vornehmen, einen Fahrservice an, sodass diese von professionellen Rettungsfachkräften in der Regel begleitet sind.

5. *ob sich nach ihrer Auffassung die Sicherheitslage für nächtliche Noteinsätze und für die Notfallambulanzen seit 2014 verschlechtert haben, wenn ja, aus welchen Gründen;*

7. *ob in Baden-Württemberg nach wie vor überall Notärztinnen im Außen-Notfalleinsatz ohne Gefährdungen für Leib und Leben nachts Dienst tun können;*

Erkenntnisse zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage bei nächtlichen Einsätzen des Rettungsdienstes liegen dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration nicht vor. Weiterhin liegen keine Erkenntnisse vor, dass Notärztinnen im Außen-Notfalleinsatz nachts nicht ohne Gefährdung für Leib und Leben Dienst tun könnten. Zur Sicherheitslage in Krankenhäusern allgemein wird auf die Drucksache 16/3906 verwiesen.

In der PKS Baden-Württemberg werden die angefragten Parameter „nächtliche Noteinsätze“, „Notfallambulanzen“ und „Außen-Notfalleinsatz“ nicht gesondert ausgewiesen.

Die Entwicklung der in der PKS gespeicherten Fälle, bei denen ungeachtet der Tatörtlichkeit Ärztinnen und Ärzte Opfer sogenannter Opferdelikte wurden, aufgeteilt nach Tag- und Nachtzeit, können der folgenden Tabelle entnommen werden.

² Hierunter fallen sämtliche in den Anlagen I bis III genannten Betäubungsmittel des BtMG mit Ausnahme von u. a. Cannabisprodukten (Haschisch, Marihuana, Haschischöl) und Pilzen (Psilocybin).

Ärztinnen und Ärzte	2014	2015	2016	2017
Gesamtzahl der Fälle ³	61	63	66	86
- hiervon Tatzeit zur Tageszeit (06.00 bis 17.59 Uhr)	31	33	39	45
- hiervon Tatzeit nachts ⁴ (18.00 bis 5.59 Uhr)	30	30	27	41

Bei ausschließlicher Betrachtung der Ärztinnen ergab sich folgende Entwicklung:

Ärztinnen	2014	2015	2016	2017
Gesamtzahl der Fälle ³	15	22	25	34
- hiervon Tatzeit zur Tageszeit (06.00 bis 17.59 Uhr)	7	11	14	18
- hiervon Tatzeit nachts ⁴ (18.00 bis 5.59 Uhr)	8	11	11	16

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg sieht derzeit für die Ärztinnen und Ärzte im Bereitschaftsdienst keine besondere Gefährdungssituation.

6. ob ihr in Baden-Württemberg Regionen oder Städte bekannt sind, in denen Problemsituationen ähnlich wie in Germersheim auftreten oder aufgetreten sind oder ob kassenärztliche Vereinigungen mit vergleichbaren Problemschilderungen an sie herangetreten sind;

Hierzu liegen auch der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg keine Erkenntnisse vor.

8. ob ihr bekannt ist, aus welchem konkreten Anlass die Germersheimer Notärztinnen ihren „Brandbrief“ geschrieben haben und welche Bezirke mit welcher soziokulturellen Wohnbevölkerung diese als Gefahrenzonen gemeint haben.

Mangels örtlicher Zuständigkeit kann das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg zu dem in Rede stehenden Fall aus Rheinland-Pfalz keine Aussagen treffen.

Lucha

Minister für Soziales
und Integration

³ Die Anzahl der Fälle stimmt hierbei nicht mit der Anzahl der Opfer unter Ziffer 1 und 2 überein, da zu einem Fall auch mehrere Opfer erfasst werden können.

⁴ Bei unbekannter Tatzeit wird in der PKS als Tatzeit „0.00 Uhr“ erfasst.